

Anstehende Aufgaben kausal betrachten

## **Keine Bauvorhaben ohne die Leistungen der Gesteinsindustrie**

**November 2015: Noch in diesem Monat will Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt den Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2015 auf Basis der Verkehrsprognose 2030 vorlegen. Mit der Aufstockung der Finanzierungslinie Verkehr in den Haushaltsplanungen der nächsten Jahre hat die Bundesregierung bereits vorab ein wichtiges Signal zur Modernisierung des Straßennetzes gesetzt. Im Wohnungsbau hat Deutschland neben dem bereits bestehenden Nachholbedarf durch die bis Jahresende prognostizierten 800.000 Asylsuchenden nun außerdem ein riesiges zusätzliches Paket zu schultern. Der Wirtschaftsbereich Bau, aber auch seine Zulieferbranchen wie die Bau- und Rohstoffproduzenten, werden damit im höchsten Maße gefordert.**

„Wer pragmatische Lösungen für die gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen will, vor denen wir aktuell stehen, muss Pragmatismus auf allen Entscheidungsebenen zum Maßstab seines Handelns machen.“, äußert Dr. Olaf Enger, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Mineralische Rohstoffe (MIRO), angesichts der momentanen Situation.

MIRO ist Interessenvertreter der Produzenten von nichtenergetischen mineralischen Gesteinsrohstoffen aus heimischen Lagerstätten. Durch den damit verbundenen zwingenden Eingriff in die Landschaft ist die Branche strengen Restriktionen unterworfen. Trotz zahlreicher gelungener Nachnutzungsprojekte – viele ehemalige Steinbrüche und Kiesgruben wurden zu hochwertigen Naturräumen entwickelt – nimmt der Gegenwind der Umweltpolitik gegenüber der wichtigen und alternativlosen Erzeugung von Baurohstoffen und weiteren Grundstoffen für die deutsche Industrie aber nach wie vor eher zu als ab. Ressourceneffizienzbestrebungen überschätzen parallel die Möglichkeiten des Einsatzes von Recyclingmaterial. Zusammengenommen hat dies zu Verzerrungen im Bild der Bedeutung mineralischer Rohstoffe für unser funktionierendes Wirtschaftsgefüge geführt.

„Die Sicherung von Lagerstätten für die Zukunft und die Genehmigung von Aufschlüssen unterliegt vielfach einer unverantwortlichen Verschleppung. Ein Industriestaat wie Deutschland kann sich schon unter normalen Bedingungen nicht schadlos von seiner eigenen Rohstoffbasis abschneiden, erst recht kann er es aber nicht angesichts des spontanen Bevölkerungszuwachses, den wir derzeit erleben. Hier müssen kurzfristig pragmatische Lösungen her.“, appelliert Dr. Enger an das Verständnis für die Kausalzusammenhänge bei Entscheidungsträgern aller Ebenen. Vielfach würde nach seiner durch die Mitglieder gespiegelten Erfahrungen nämlich agiert „wie immer“ ohne die Sondersituation des spontan gewachsenen Bedarfs zu reflektieren.

## Steigerungsraten brauchen Unterfütterung

Gemäß der Prognosen verschiedener Wirtschaftsforschungsinstitute vom Sommer dieses Jahres sollen die Bauinvestitionen im Jahr 2016 im Schnitt um etwa 2,5 % steigen. Diese noch unter „normalen“ Bedingungen getroffene Vorausschau wird aus aktueller Sicht zwangsläufig übertroffen werden.

Die Prognose des Verkehrsaufkommens bis 2030 im Vorfeld des Bundesverkehrswegeplans 2015 zeigt, dass kräftig in den Ausbau und die Modernisierung des Gesamtnetzes aus Schiene, Straße und Wasserstraße zu investieren ist, falls Deutschland nicht zum Stagnationsland degenerieren soll. Bereits ab kommendem Jahr will die Bundesregierung die Investitionen in Bundesfernstraßen um 20 % erhöhen und diesen Trend auch in den darauf folgenden Jahren halten.

Der Neubau von Wohnungen, welcher sich aktuell bei etwa 260.000 Einheiten jährlich bewegt, wird einerseits durch den bereits bisher bestehenden Nachholbedarf sowie durch den starken Zuzug von Migranten in den nächsten Jahren deutlich steigen müssen. Bundesbauministerin Barbara Hendricks ging im September von 350.000 Einheiten aus, während das Pestel-Institut im Auftrag von bau- und immobilienwirtschaftlichen Verbänden den Bedarf sogar mit 400.000 Einheiten beziffert. Der Bedarf steigt nach den momentan für realistisch gehaltenen Zahlen also um 140.000 Einheiten pro Jahr oder mehr als 50 % über das aktuelle Bauniveau an.

Geht man von einem mittleren Bedarf an Gesteinskörnungen für eine Wohneinheit von 100 t aus (EFH minimal 200 t; MFH 700 t), dann wächst gleichzeitig der Baustoffbedarf schon aufgrund des Wohnungsbaus um rund 14 Mio. t jährlich gegenüber dem heutigen Niveau an. Hinzu kommt der Bedarf an Gesteinskörnungen für den Bau von Zuwegungen sowie für Schulen und andere öffentliche Einrichtungen. Zusammen mit dem unstrittigen und zum Teil bereits finanzierten Nachholbedarf im Verkehrsinfrastrukturbereich wird sich der jährliche Zusatzbedarf an Gesteinskörnungen auf etwa 20 Mio. t addieren. Dies entspricht mehr als 4 % der heutigen Nachfragemenge an Gesteinskörnungen.

Wo aber sollen diese Massen angesichts verschleppter oder abgelehnter, in der Regel aber immer mehrere Jahre dauernden Genehmigungsverfahren für Erweiterungen oder Lagerstätten-Neuaufschlüsse herkommen? Ein derartiger Anstieg des Bedarfs kann nicht ohne Folge für die Ausweisung von Gewinnungsflächen für die Gesteinsprodukte bleiben. Wenn die öffentliche Hand eine verantwortungsvolle Rohstoffpolitik ohne Störungen in der Versorgung betreiben möchte, sind also zügig Flächen in entsprechender Dimension für die Rohstoffgewinnung zu sichern und schwebende Genehmigungsverfahren positiv abzuschließen. „In diesem Zusammenhang sollte noch einmal betont werden, dass unsere Unternehmen lediglich bedarfsdeckend, nicht aber bedarfsweckend tätig sind. Das heißt: Keine Tonne Rohstoff wird nutzlos gewonnen, sondern nur auf Nachfrage zu Gesteinskörnungsprodukten verarbeitet.“, korrigiert Dr. Enger Befürchtungen einer möglicherweise überzogenen Gewinnungstätigkeit. Diese gibt es de facto nicht.

Im Jahr 2014 stellten in Deutschland 2120 Kies- und Sandwerke sowie 840 Steinbrüche aufbereitete Gesteinskörnungen für die Baustoffproduktion, die Bauwirtschaft und andere Abnehmer bereit. Produziert wurden dafür 240 Mio. t Baukiese und -sande, 9,9 Mio. t

Quarzsande und 211 Mio. t Natursteinkörnungen. Nach aktuellen Schätzungen werden sich die Nachfragerwerte 2015 auf einem ähnlichen Niveau bewegen, bevor sie aufgrund der absehbaren Entwicklung ab 2016 spürbar ansteigen.

[www.bv-miro.org](http://www.bv-miro.org)

---

**Zum Verband:** MIRO vertritt auf Bundes- und Europaebene die einheitlichen Interessen der Kies- und Sand-, Quarz- sowie Natursteinindustrie in den Bereichen Steuern/Betriebswirtschaft, Rohstoffsicherung/Umweltschutz/Folgenutzung, Recht, Arbeitssicherheit, Gewinnungs- und Aufbereitungstechnik, Anwendungstechnik/Normung usw. MIRO spricht für rund 1.600 Unternehmen mit ca. 3.200 Werken in Deutschland die ca. 27.000 Mitarbeiter beschäftigen. Die Unternehmen der Branche produzieren mit über 450 Mio. t Gesteinskörnungen jährlich die größte in Deutschland bewegte Materialmenge. Die Produkte werden überwiegend für Baumaßnahmen (davon zu etwa 80 % für Projekte der öffentlichen Hand), aber auch für eine Vielzahl weiterer Verwendungen benötigt.

---

***Ansprechpartner für Redaktionen:***

Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. – MIRO

Dr. Olaf Enger (HGF)

Annastraße 67-71

50968 Köln

Tel. +49 (0)221 93467461

Fax +49 (0)221 93467464

[info@bv-miro.org](mailto:info@bv-miro.org)